

Rückblick 2008: **Landwirtschaft in der Globalisierungskrise**

von Friedhelm Stodieck

Betrachtet man die Anzahl der Ereignisse, die im Jahr 2008 nicht nur in der veröffentlichten Meinung mit dem Begriff „historisch“ versehen wurden, dann war 2008 ein außergewöhnliches Jahr. Beim Milchstreik formierten sich über nationalstaatliche Grenzen hinweg europaweit Milchbauern und -bäuerinnen als eigenständige Interessenvertretung. Ihr Ziel: kostendeckende Preise durch eine bedarfsorientierte Mengensteuerung. Andere Ereignisse hatten ihren Ursprung und ihre Hauptauswirkungen zwar (noch) nicht im Agrarbereich, ihre Auswirkungen wurden und werden hier aber zunehmend spürbar. Dazu zählt an erster Stelle die Finanzkrise, in deren Verlauf nicht nur „Geld in Billionenhöhe verbrannt wurde“ (1), sondern auch dem „Turbo-Kapitalismus“ und „völlig unregulierten Märkten“ von (fast) allen Seiten eine deutliche Absage erteilt wurde. „Historisch“ ist auch die Wahl von Barack Obama zum US-Präsidenten, der für die nationale wie internationale Agrarpolitik deutliche Akzentverschiebungen angekündigt hat. Und in Folge der Landtagswahlen in Bayern, bei der die CSU eine „historische Niederlage“ erlitt, wechselte Horst Seehofer vom Amt des Bundesministers in das Amt des Ministerpräsidenten und CSU-Chefs nach Bayern.

Angesichts dieser schlagzeilenträchtigen „historischen Ereignisse“ gerieten für den Agrarbereich so bedeutende Themen wie der „EU-Gesundheitscheck“, der Weltagrarbericht oder der Klimawandel – nicht immer ganz unbeabsichtigt – in den Hintergrund, wenngleich der Hinweis auf die Notwendigkeit des Klimaschutzes mittlerweile zum rhetorischen Standardrepertoire in den Verlautbarungen von Vertreter/innen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden gehört.

Insgesamt lässt sich das Jahr 2008 unter anderem durch folgende, nicht immer neue Trends kennzeichnen: Die Landwirtschaft wird, in erster Linie über Agrarrohstoffe, zunehmend zum Gegenstand von zum Teil hochspekulativen Aktivitäten auf den Finanzmärkten. Die Erkenntnisse aus der Finanzkrise über den Zusammenhang von globalisierten, liberalisierten, unkontrollierten und völlig intransparenten Märkten auf der einen und Risiken, die es auch durch staatliche und internationale Regulierung zu vermeiden gilt, auf der anderen Seite sind in der herrschenden Agrarpolitik noch nicht angekommen oder werden zugunsten bestimmter Interessen ignoriert. Wobei einschränkend festzustellen ist, dass den Erkenntnissen aus der Finanzkrise die entsprechenden Folgerungen für den Finanzbereich (konkrete politische Maßnahmenpakete) auch erst noch folgen müssen. Der Kreis derer, die die Zukunft in einer bäuerlichen Landwirtschaft sehen, wird nicht nur mit Blick auf den Weltagrarbericht immer größer (siehe hierzu den Beitrag

*Ein
„historisches“
Jahr*

*Landwirtschaft
als Spekulations-
objekt*

von Benny Haerlin in diesem Kapitel). Gleichzeitig verstärken aber auch die Verteidiger einer industriellen, auf Liberalisierung und Weltmarkt setzenden Landwirtschaft im Schulterchluss mit der Agrarindustrie und dem Bauernverband ihre Aktivitäten.

Erfolgreicher Milchstreik – auch wenn die Preise weiter sinken ...

Am 26. Mai 2008 gab der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM), Romuald Schaber, den Startschuss zu einer bis dahin in der Geschichte der europäischen Agrarpolitik einmaligen Aktion. Auf einer Versammlung des BDM kündigte er unter dem Jubel der Anwesenden an, „ab morgen“ die Milch seines Betriebes nicht mehr an die Molkerei zu liefern. In Deutschland schlossen sich bis zum Ende dieses „Milchstreiks“ am 5. Juni rund zwei Drittel der Milchbäuerinnen und -bauern seinem Vorbild an – gegen alle Widerstände wie anfänglich seitens des Bauernverbandes und von Agrar- und Marktexperten, die dem Streik keinerlei Erfolgsaussichten bezüglich Teilnehmerzahl und vom Lieferboykott erfasster Menge einräumten. In anderen europäischen Ländern beteiligten sich ebenfalls Zehntausende Milchviehhalter am Streik.

Zwei Drittel aller Milchbauern streiken

Das Ziel über den Streik hinaus ist ein kostendeckender Milchpreis, der über eine am tatsächlichen Marktbedarf orientierte flexible Mengensteuerung erreicht werden soll. Zwar sprechen sich auch Politiker/innen für „ordentliche“ (Horst Seehofer) oder „faire Preise“ (Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner) aus, in der Frage von Regulierung (Mengensteuerung) oder De-Regulierung (Liberalisierung der Märkte, Wegfall der Quote) zeigt jedoch die (noch) gültige Beschlusslage nicht nur in der EU jedoch in eine andere Richtung und wird auch vehement verteidigt. „Sie können versichert sein, dass ich einem Richtungswechsel zurück zu einer restriktiven staatlichen Milchquoten- und Angebotspolitik nicht zustimmen werde,“ schreibt beispielsweise der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister von Boetticher an den dortigen Bauernverband (2).

Zur Vorgeschichte, zu Hintergründen, Verlauf, Widerständen und Erfolgen des Milchstreiks siehe die ausführlichen Beiträge von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Ulrich Jasper, Sonja Korpeter, Karin Jürgens und Andrea Fink-Keßler, die in diesem Kapitel des Kritischen Agrarberichts folgen.

Solidarität mit den Milchbauern – das Beispiel der Upländer Bauernmolkerei

Zu Beginn des Milchstreiks fassten die Biomilchlieferanten der Upländer Bauernmolkerei in Willingen-Usseln, Nordhessen, den Beschluss, sich „aus Solidarität mit den Berufskollegen zwei Tage lang am Lieferstreik zu beteiligen, obwohl die Upländer Bauernmolkerei schon lange faire Preise zahlt, die zum Zeitpunkt des Streiks bei 50 Cent je Liter Milch liegt. „Die an diesen beiden Tagen produzierte Milch soll nicht wie sonst an den Handel geliefert, sondern für soziale Projekte in Deutschland und Afrika verwendet werden.“ Konkret wurde die Milch zu Butter verarbeitet und an Arme und Bedürftige in Nordhessen verteilt, während die bei der Butterproduktion anfallende Magermilch zu Milchpulver verarbeitet und einer therapeutischen Nahrung für unterernährte Kinder zugesetzt wurde. Diese Spezialnahrung wurde dann über die Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ in der Region Darfur im Sudan an hungernde Kinder weitergeleitet.

Ferner wurde beschlossen, dass solange es einen Lieferboykott bei anderen Molkereien gibt, die Upländer Bauernmolkerei einen Cent je Kilogramm angelieferter Biomilch einbehält und das Geld für solidarische Maßnahmen zugunsten streikender konventioneller Bauern verwendet wird.

Unbefriedigender EU-Gesundheitscheck

Am 20. November 2008 haben die EU-Agrarminister und die EU-Kommission einen Schlusstrich unter den „Gesundheitscheck“ der Europäischen Agrarpolitik gezogen. Die wesentlichen Ergebnisse lauten: Erhöhung der Milchquote (trotz bereits überlaufender Märkte), eine geringfügige Staffelung der Direktzahlungen sowie eine „langsam und minimal“ angehobene Modulation. Das von der EU-Kommission ursprünglich formulierte Ziel, mit diesem Gesundheitscheck die zentra-

len Herausforderungen Klimaschutz, Wasserschutz, biologische Vielfalt, erneuerbare Energien und eine gerechtere Verteilung der Direktzahlungen anzupacken, wurde deutlich verfehlt (zu den Einzelheiten siehe den Beitrag von Ulrich Jasper „EU-Agrarpolitik fiebrig, Behandlung verweigert“ an anderer Stelle in diesem Kapitel).

Der BDM sieht in diesen Beschlüssen mit Blick auf die Quotenerhöhung „eine marktwirtschaftliche Fehlentscheidung, weil dabei nicht wirklich berücksichtigt wird, ob der Markt diese zusätzlichen Mengen auch aufnehmen kann“, weitere „negative Marktentwicklungen“ seien die Folge. Die für die Jahre 2010 und 2012 angekündigte Überprüfung komme für viele Milchviehbetriebe zu spät und erfolge in zu großem Abstand (3). „Nicht im Sinne der Milcherzeuger“ stellt sich für den BDM auch die Ausgestaltung des Milchfonds dar, der im Wesentlichen durch eine Umschichtung von Mitteln im Agrarsektor gespeist werden soll. Zudem wird befürchtet, dass „dieses Geld dazu dient, zusätzliche Produktionskapazitäten zu schaffen und zugleich versucht wird, die Zuteilung dieser Gelder als Ausgleich für niedrige Milchpreise zu ‚verkaufen“.

**Fehlentscheidung
Quotenerhöhung**

Vorrang für agrarindustrielle Interessen

„Schlechte Nachrichten für Hungernde und bäuerliche Landwirtschaft weltweit“ sehen die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Misereor, Germanwatch und die Menschenrechtsorganisation FIAN in den EU-Beschlüssen (4). Sie seien „katastrophal für die Milchbauern“ und dienten lediglich der exportorientierten Molkereiwirtschaft, die „überschüssige Milchprodukte billig auf dem Weltmarkt absetzen“ will. Für kostendeckende Preise als auch faire Handelsbedingungen „ist es notwendig, die Milchmenge in Europa bedarfsgerecht an den Markt anzupassen“. Der von der Bundesregierung durchgesetzte Milchfonds soll nach Ansicht der Verbände „zu großen Teilen dazu dienen, bereits durchrationalisierte Betriebe noch ‚wettbewerbsfähiger‘ für den Export“ zu machen. „Statt sich auf den größten Binnenmarkt der Welt – die EU – zu konzentrieren, wird weiterhin auf Export-Dumping in Entwicklungsländer gesetzt. Mit Steuermitteln sollen die planwirtschaftlich erzielten Übermengen dann auf den Weltmarkt verschleudert werden“, betont Mute Schimpf vom Hilfswerk Misereor.

**Schlechte Nachricht
für bäuerliche
Landwirtschaft ...**

Kritisch sehen die Organisationen auch die Prioritätensetzung von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner in den Verhandlungen im Agrarrat. Vorrang hat für die Bundesregierung die Verteidigung der agrarindustriellen Interessen. Weder hat sie sich für ein definitives Ende von Exportsubventionen noch für eine flexible Milchmengenregulierung nach 2015 eingesetzt. „Milchbauern in Entwicklungsländern droht so noch mehr unfaire Konkurrenz durch subventionierte Exporte“, befürchtet Armin Paasch von FIAN. „Die Einkommensquellen und letztlich das Recht auf Nahrung von Milchbauern in Ländern wie Sambia und Uganda werden dadurch massiv gefährdet.“ Und Tobias Reichert von Germanwatch stellt fest, dass es „angesichts der wachsenden Zahl von Hungernden eigentlich notwendig wäre, die internationalen Agrarpreise zu stabilisieren, damit gerade Kleinbauern ihre Produktion nachhaltig steigern können. Mit ihren Beschlüssen zum Milchmarkt tut die EU genau das Gegenteil“.

**... und
Hungernde weltweit**

Lichtblick: zukünftige „Überprüfung“ des Milchmarkts

Deutliche Kritik an den Beschlüssen kommt auch vom European Milk Board (EMB), in dem mehrere europäische Milcherzeuger-Organisationen zusammengeschlossen sind (5). „Für eine nachhaltige Milcherzeugung in Europa braucht es eine flexible Mengensteuerung, die Angebot und Nachfrage ausbalanciert. Diese kann die Politik in Zusammenarbeit mit den Milcherzeugern leicht und günstig umsetzen. Diese Chance hat sie mit der Entscheidung, die Quote weiter auszudehnen zunächst verspielt“, heißt es beim EMB, das in den geplanten Überprüfungen der Beschlüsse den „einzigen Lichtblick“ sieht. „Die Tatsache, dass man Marktanalysen vor Erhöhungen nach 2009 gesetzt hat, lasse hoffen, dass auch immer mehr Vertreter der Agrarpolitik die Notwendigkeit von Regeln für den Markt zum Erhalt der Milcherzeugung und damit der Versorgungssicherheit in Europa sehen.“

Letzte Chance

Deutscher Bauernverband begrüßt weiteren Liberalisierungskurs der EU

Als „unbefriedigend“ und „enttäuschend“ bezeichneten Vertreter des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und seiner Landesverbände das Ergebnis in Brüssel. Zwar sieht man damit „das Aus-

laufen der Quotenregelung im Jahr 2015 und damit den Kurs der weiteren Liberalisierung bekräftigt“, kritisiert werden jedoch die Umschichtung und Staffelnung bei den Direktzahlungen respektive die Erhöhung der Modulation sowie die „marktwidrigen“ Entscheidungen zur Milchquote.

**Unzufrieden
und
uneinig**

Unzufrieden – insbesondere auch mit Blick auf die Quotenbeschlüsse – zeigen sich auch die Landwirtschaftsminister der Bundesländer, wobei jedoch in Fragen der Direktzahlungen auch deutliche Unterschiede festzustellen sind. Während beispielsweise der neue bayerische Landwirtschaftsminister Brunner (CSU) „den Einstieg in die Progression der Direktzahlungen für Großunternehmen“ als ein „wichtiges Signal zugunsten bäuerlicher Betriebe“ wertet, sieht sein Ministerkollege Backhaus (SPD) in Mecklenburg-Vorpommern darin eine „ungerechte“ und „einseitige Benachteiligung großer Strukturen“. Einigkeit unter den Länderministern herrscht jedoch in dem Punkt, dass die zukünftig zur Verteilung auf nationalstaatlicher Ebene zur Verfügung stehenden Mittel (aus der Modulation, aus dem Milchfonds) gerecht zwischen den Ländern verteilt werden müssen.

Zentrale Forderungen an zukünftige EU-Agrarpolitik

„Enttäuschung“ war auch der vorherrschende Gefühlszustand bei Umwelt- und Naturschutzverbänden. Nicht zuletzt weil sie ihre zentralen Forderungen an die zukünftige EU-Agrarpolitik bereits vor der Entscheidung in Brüssel gemeinsam mit Verbänden wie der AbL, Bioland, Demeter, Naturland oder der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt an die Bundesregierung und insbesondere an das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gerichtet und diese aufgefordert hatten, diese Forderungen in Brüssel durchzusetzen (6):

**Therapie nicht
verschieben**

- Honorierung der Leistungen für Natur-, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz – Für eine Stärkung der Ländlichen Entwicklung durch progressive Modulation.
- Abbau der zahlungsbedingten Benachteiligung von Betrieben mit hoher Arbeitsleistung – Für eine differenzierte Staffelnung der Direktzahlungen.
- Die Milchmarktpolitik an den Zielen ländliche Wertschöpfung, Klimaschutz, Biologische Vielfalt sowie Tierschutz ausrichten – Exportdumping beenden.
- Exportsubventionen abschaffen – Gelder in Entwicklungsländern zur Stärkung der regionalen, sozial- und umweltverträglichen Wirtschaft nutzen.
- Für Sondermaßnahmen Finanzierungsmöglichkeiten nutzen (Artikel 68 neu).
- Der Wegfall der obligatorischen Flächenstilllegung darf nicht zu weiterem Verlust der Artenvielfalt (Biodiversität) führen – Flächenwirksamer Ersatz ist notwendig.
- Klimaschonende Wirtschaftsweisen stärken, klimaschädliche umbauen.

**Nur ein „Agrar-
Reförmchen“**

Für den BUND hat es die EU mit ihrem „Agrar-Reförmchen“ nicht gewagt, „einen neuen Kurs in der EU-Subventionsvergabe an die Landwirtschaft einzuschlagen. Damit bestraft sie alle, die sich für eine nachhaltige Landwirtschaft in Europa einsetzen, das Klima schützen, Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Gerade in der Finanzkrise brauchen wir jeden staatlichen Euro für Programme, die nachhaltig Einkommen auf dem Land schaffen.“ Der BUND fordert die deutschen Bundesländer auf, das Geld aus Brüssel für die ländliche Entwicklung nun als Motor für notwendige regionale Konjunkturprogramme zu nutzen. Dazu müssten die Bundesländer mit eigenen Mitteln die Kofinanzierung sichern, damit die geringe Umverteilung dennoch eine optimale Umwelt- und Beschäftigungswirkung vor Ort entfalte (7).

Finanzkrise auf dem Weg zur Globalisierungskrise

Die vom BUND erwähnte Finanzkrise, die bezüglich ihrer Auswirkungen in einem Atemzug mit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre genannt wird, erreichte im Herbst 2008 einen vorläufigen Höhepunkt, denn noch konnte und kann niemand mit Sicherheit sagen, ob es sich dabei auch schon um den absoluten oder letzten Höhepunkt handelte respektive handelt. Als Auslöser dieser Finanzkrise gilt die im Frühsommer 2007 in den USA einsetzende Immobilien-

krise, bei der US-Banken in großem Umfang Baufinanzierungs-Kredite an Kreditnehmer mit geringer respektive mangelnder Bonität vergaben. Infolge dieser riskanten Immobilienfinanzierung gingen diese Banken dann dazu über, ihre Kreditforderungen in beispielsweise wertpapierähnliche, aber völlig undurchsichtige Finanzierungsformen zu bündeln (verbriefen) und auch an europäische Banken zu verkaufen. Diese Umwandlung maroder Hypotheken in wertlose „Derivate“ wurde dabei maßgeblich unterstützt durch ein sehr positives Rating (Bewertung) durch Ratingagenturen und einer Stimmung in der Finanzbranche, die die Aussicht auf hohe Renditen höher ansetzt als die Sicherheit der ihr anvertrauten Kundengelder.

So wurde das Risiko internationalisiert und mit dem Platzen der Kredite (der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer und der Pleite von US-Investmentbanken) auch die finanziellen Verluste, die auch deutsche Banken in Milliardenhöhe trafen. Aufgrund der völlig undurchsichtigen und unkontrollierten globalen Finanzströme und der nach wie vor völlig unkalkulierbaren Entwicklung, was das letztendliche Ausmaß dieser Krise betrifft, stellen die Banken die Vergabe von Krediten untereinander und damit eine zwingende Voraussetzung für ein funktionierendes Finanzsystem ein. Die „Vertrauenskrise“ ist da, in deren Folge auch keine Kreditvergabe in erforderlichen Größenordnungen mehr in den Wirtschaftskreislauf, in die Realwirtschaft erfolgt. Und ganz im Gegensatz zur bisherigen Philosophie der Finanzbranche, die jeden Versuch des staatlichen Eingriffs oder der Regulierung der Finanzmärkte strikt abgelehnt hat, ertönt jetzt der Hilfe-Ruf nach dem Staat. Und weil die Finanzkrise bereits weltweit auf die Wirtschaftsentwicklung, auf die Realwirtschaft durchschlägt und die Konjunktur bremst, wird gehandelt. Die Finanzkrise wird zur Globalisierungskrise.

**Undurchsichtige
Geschäfte**

Rettungspakete werden geschnürt ...

Um die Liquidität wieder anzukurbeln, pumpen die Zentralbanken Gelder in den Finanzsektor. Und die Bundesregierung schnürt ein 500 Milliarden Euro schweres „Rettungspaket“ für die Banken (zum Vergleich: der Bundeshaushalt 2008 sieht Gesamtausgaben in einer Höhe von circa 284 Milliarden Euro vor). Ähnliche Pakete werden auch in den USA und anderen europäischen Ländern geschnürt, wo darüber hinaus Banken verstaatlicht oder unter staatliche Aufsicht gestellt werden. Im November legt die Bundesregierung – insbesondere was die CDU anbetrifft ganz gegen ihre bisherige Überzeugung – ein ebenfalls Milliarden schweres Konjunkturprogramm auf, um angesichts der beginnenden Rezession die Wirtschaft – und hier insbesondere die Autobranche und den handwerklichen Mittelstand – zu fördern. Und auch die Landwirtschaft soll 50 Millionen Euro aus diesem Programm im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe für die Verbesserung der Agrarstruktur und den Küstenschutz erhalten. Das ruft weitere „Konjunkturgeschädigte“ auf den Plan, die bisher auch wenig von staatlicher Regulierung hielten. Mitte November schlugen 47 europäische Großkonzerne, darunter Unilever und Nestlé, in einem „Brandbrief“ an die EU wegen der wirtschaftlichen Lage Alarm und fordern Anreize zur Nachfragesteigerung und eine bessere Kreditverfügbarkeit, da es vielen Lieferketten an der notwendigen Finanzierung fehle.

**Konjunktur-
programm –
auch für die Land-
wirtschaft**

... und die Regulierung der Finanzmärkte angekündigt

Auf der politischen Bühne in Deutschland ist man sich einig, dass das bisher geduldete und in gewisser Weise sogar staatlicherseits auch erst ermöglichte System der unkontrollierten und völlig intransparenten Finanzströme, der „Spielkasino-Kapitalismus“, reguliert werden muss und nicht dem ausschließlichen Interesse von beispielsweise Hedgefonds, Investmentbankern und Spekulanten, „Raubtierfonds“ und „Heuschrecken“ nach schneller Rendite überlassen werden darf. Wie genau diese Regulierung aussehen soll, dazu will die Bundesregierung im Frühjahr 2009 Vorschläge auf den Tisch legen. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac fordert in diesem Zusammenhang: „Was Not tut ist eine grundsätzliche Reform der Weltfinanzordnung, die den Einfluss der Finanzmärkte begrenzt. Nur da, wo Finanzmärkte ohne Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität die Wertschöpfung im Kapitalismus steigern, haben sie eine Berechtigung. Und die auch nur dann, wenn die dadurch erzielten Zuwächse durch Besteuerung und Verteilungspolitik in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. Eine Reform also, die der Mehrheit der Menschen zu Gute kommt und nicht den Akteuren der Finanzmärkte.“ (8)

**Richtig
reformieren!**

Agrarrohstoffe – ein neuer „Megatrend“ an den Börsen

Nicht nur aufgrund des Platzens der Immobilienblase sind „die internationalen Kapitalmärkte auf der Suche nach lukrativen und relativ zukunftssicheren Anlagemöglichkeiten wieder auf die Agrarmärkte aufmerksam geworden. Dies sorgt für mehr Volatilität, insbesondere wenn Akteure einsteigen, die stark spekulativ agieren“, heißt es im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (9). Nach Angaben der New York Times sind unter den größten Spekulanten und Anlegern auf den Rohstoffmärkten dieselben großen Hedgefonds, kommerziellen Banken und Brokerhäuser, die auch in den krisengeschüttelten Aktien-, Immobilien- und Kreditmärkten aktiv waren, sich aber dort wegen mangelnder Rendite zurückgezogen haben (10).

Die Macht der Spekulanten

Welche Macht über die Märkte Spekulanten erreichen können, wurde Mitte 2008 in den USA deutlich. Laut einer Studie des Energieausschusses des US-Repräsentantenhauses haben Finanzinvestoren ihr Engagement an den Terminmärkten massiv ausgebaut. Spekulanten halten 71 Prozent aller Ölkontrakte an der Börse New York Mercantile Exchange (Nymex). Vor acht Jahren waren es nur 37 Prozent. „Die Ergebnisse verdeutlichen den grundlegenden Wandel, der auf dem Ölmarkt stattgefunden hat. Früher diente der Terminmarkt Käufern und Verkäufern, die sich absichern wollten. Jetzt sind die meisten Handelsteilnehmer Spekulanten“, heißt es in einem Memorandum des Energieausschusses (11). Zwar sind die Märkte für Agrarrohstoffe nach Ansicht von Marktbeobachtern von derartigen Verhältnissen noch weit entfernt, doch auch hier werden die Aktivitäten von Spekulanten in Einzelfällen für bis zu 20 oder 30 Prozent der Preisentwicklungen und auch für die zum Teil starke Volatilität, das heißt das Auf und Ab der Aktienkurse, verantwortlich gemacht. So macht beispielsweise der DBV „Spekulanten aus der Finanzwelt“ für 20 bis 30 Prozent des Weizenpreisanstiegs verantwortlich, nachdem sie in den letzten zwei, drei Jahren begonnen hätten, auf steigende oder fallende Weizenpreise zu setzen.

Globalisierung birgt Risiken

Risikomanagement in der Landwirtschaft gefordert

Auch 2008 hat sich der „Megatrend-Agrarrohstoffe“ fortgesetzt, wenngleich den noch zu Beginn bis in die Mitte des Jahres an den Aktienmärkten verzeichneten Höhenflügen etlicher Agrargüter ein deutlicher Preisabfall folgte. Mittlerweile gibt es kaum noch ein landwirtschaftliches Erzeugnis, was nicht in Form von Aktien, Fondsanteilen, Zertifikaten oder Derivaten, von Futures und Optionskontrakten ge- und verkauft werden kann. Die Renditeversprechungen liegen dabei oft deutlich im zweistelligen Bereich und weisen ein entsprechendes Risiko auf, bis hin zum Totalverlust des eingesetzten Kapitals. Dabei wird zunehmend auch erkannt, dass Risiken für die Landwirtschaft auch durch andere Entwicklungen drohen. „Aufgrund der Spezialisierung und des Wachstums der Betriebe, der Marktliberalisierung, des Klimawandels und der Globalisierung werden die Risiken in der Landwirtschaft in Zukunft wahrscheinlich zunehmen. Die Folgen werden höhere Preisschwankungen auf den landwirtschaftlichen Beschaffungs- und Absatzmärkten, eine Zunahme von Wetterextremen und vermehrte Tier- und Pflanzenkrankheiten bei einer geringeren Risikotragfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe sein“, heißt es beispielsweise in einer Veröffentlichung der Landwirtschaftlichen Rentenbank (12). Der Lösungsvorschlag hier: Einführung von Risikomanagement auf den landwirtschaftlichen Betrieben.

Das Risiko an der Börse bekämpfen

Ein anderer Weg, um die „wahrscheinlich“ auftretenden und zunehmenden Preisschwankungen in den Griff zu kriegen, wird im Gang an die Börse gesehen. Ein Beispiel aus dem Jahr 2008 ist der Versuch der Milchwirtschaft, die durch die Globalisierung und Liberalisierung der Märkte steigenden Preisrisiken von Agrarprodukten über eine Terminbörse abzusichern. Ein niederländischer Investor, Albert de Haan, startete schließlich die Milchbörse Eumix (European Milk Exchange). Molkereien wie die Nordmilch AG in Bremen bezeichnen es als „grundsätzlich richtig, über einen Absicherungsmechanismus am Milchmarkt nachzudenken“, hielten sich mit Beurteilungen der Eumix aber zurück. Den Grund für diese Zurückhaltung gerade auch der großen Unternehmen der Milchwirtschaft sieht der Börsengründer de Haan in dem Umstand, dass diese Unternehmen mit der Eumix ihren enormen Einfluss auf den Markt und ihre Preisgestaltung

gefährdet sehen. So richtig in Gang gekommen ist die Eumix 2008 für dieses Jahr aber noch nicht. Das soll nach Angaben von de Haan unter anderem daran liegen, dass es schwierig sei, für Europa ein „Benchmark“, einen gemeinsamen Bezugspunkt zu definieren, an dem sich der Erfolg oder Misserfolg des Börsenhandels feststellen lässt. Offensichtlich entzieht sich das Europa der Regionen einem Börsengang.

Renditehunger bewirkt realen Hunger

Grundsätzlich sind Rohstoffbörsen ein Instrument für den weltweiten Warenaustausch, die bei normalen Renditeerwartungen mittels Warentermingeschäften Preisschwankungen auch ausgleichen können. Wer jedoch lediglich das schnelle Geld machen will, muss die möglichen sozialen, ökologischen oder ethischen Folgen seines Handelns ausblenden. Diese Folgen haben sich insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2008, ausgelöst durch stark gestiegene Nahrungsmittelpreise, in „Hunger-Revolten“ gezeigt.

Nach Angaben der FAO ist der Preisindex für Nahrungsmittel (FAO Food Price Index) im Zeitraum von März 2007 bis März 2008 um 57 Prozent gestiegen. Diese Preissteigerungen treffen nach Ansicht des BMZ besonders die Ärmsten der Armen, die so wenig Geld haben, dass Ihnen kein Spielraum bleibt. Für diese Menschen und besonders für die Armen in städtischen Gebieten bedeuten höhere Preise: Der Hunger nimmt zu. Die Gründe für die Preissteigerungen werden neben der Spekulation unter anderem auch in folgenden Aspekten gesehen: dem Klimawandel, dem Bevölkerungswachstum, der gestiegenen Nachfrage aus China und Indien, den geänderten Ernährungsgewohnheiten sowie dem mit Subventionen verbilligten Export von landwirtschaftlichen Überschüssen der Industrieländer in die Entwicklungsländer (13). Zumindest in Teilen ähnlich hören sich auch die Begründungszusammenhänge von Investoren an, die in Agrarrohstoffe oder auch Land (Grund und Boden) investieren und dabei ein außergewöhnlich großes Potential in Afrika, den „Ölfeldern der Zukunft“ (Agrarrohstoffe), sehen: „Auslöser für die Preisrallye bei den Agrarrohstoffen sind zwei Faktoren: die Industrialisierung der aufstrebenden Volkswirtschaften gepaart mit starkem Bevölkerungswachstum dort und die Suche nach alternativen Energiequellen in den Industrieländern. Beide Trends überlagern sich und bringen viele gute Investitionschancen hervor.“ (14) Und unter Umständen eben auch Hunger. Hunger ist die Folge einer von Menschen gemachten ökonomischen und politischen Entwicklung.

**Besonders
betroffen:
die Ärmsten der
Armen**

Armutsbekämpfung durch bäuerliche Landwirtschaft

Geschäfte auf dem Rücken hungriger Menschen wollte offensichtlich auch die Deutsche Bank machen. Auf Brottüten ließ sie drucken: „Freuen Sie sich über steigende Preise? Alle Welt spricht über Rohstoffe – mit dem Agriculture Euro Fonds haben Sie die Möglichkeit an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren. Investition in etwas Greifbares.“ Was da „Wertentwicklung von Agrarrohstoffen“ genannt wird, meint den Anstieg der Lebensmittelpreise und bedeutet für einen großen Teil der Bevölkerung in ärmeren Ländern eine Zunahme des Hungers. Nachdem Kritik an dem Geschäftsgebaren der Bank laut wurde, verschwanden die Tüten stillschweigend vom Markt.

**„Investition in
etwas Greifbares“**

Die wirklich zukunftsweisende Lösung der „Hunger-Problematik“ formuliert der Evangelische Entwicklungsdienst, indem er ausführt, dass die „kleinbäuerliche standortgerechte Landwirtschaft auch im Kontext der Globalisierung überlebens- und ausbaufähig ist. In vielerlei Hinsicht – sozial, ökologisch, ökonomisch und kulturell – ist sie der Landwirtschaft, die mit modernen Industriemethoden arbeitet, großbetrieblich organisiert und auf ferne Märkte hin orientiert ist, sogar überlegen. Sie hat das Potenzial zur breitenwirksamen Hunger- und Armutsbekämpfung. Eingebettet in eine integrierte ländliche Entwicklung fördert sie zudem die Ernährungssouveränität und sichert damit die nachhaltige Wirkung der Armutsbekämpfung.“ (15)

Exportinteressen gehen vor

Der EED steht damit in völligem Gegensatz zum DBV, der in Übereinstimmung mit der Agrar- und auch der Ernährungsindustrie genau die fernen Märkte für seine Erzeugnisse im Blick hat. Der Schlüssel für die weitere Entwicklung wird in der Erschließung von Exportmärkten, auch gefördert durch den Abbau von Handelshemmnissen gesehen, denn der Außenhandel habe sich zum

„Motor für die Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft entwickelt,“ verlautete es auf der zweiten „Zukunftskonferenz Ernährungswirtschaft“ in Berlin. Lag das Exportvolumen im Jahr 2007 noch bei 46 Milliarden Euro, so werden für das Jahr 2008 bereits 55 Milliarden Euro erwartet. Nach Ansicht des BMVEL wird der Wettbewerb im Ernährungssektor immer internationaler, dynamischer und härter. Jedoch habe man auf diese wachsende Bedeutung des Exportes für die Branche mit der Einsetzung einer abteilungsübergreifenden Projektgruppe „Agrar-exportförderung“ bereits reagiert und die jüngsten Abkommen mit Japan, Südafrika und China seien bereits „wegweisende Ergebnisse ihrer Arbeit“.

**Profiteure der
Krise**

Von der Finanzkrise und den Turbulenzen an den Aktienmärkten profitiert haben Firmen, die mit ihren Produkten weltweit in und an der Landwirtschaft verdienen. Dazu zählen beispielsweise Landmaschinenhersteller, Düngemittelhersteller wie die Kali+Salz AG und Saatguthersteller wie Monsanto. So stieg beispielsweise der Börsenkurs des Kasseler Düngemittelproduzenten K+S innerhalb weniger Monate um mehr als 50 Prozent und K+S stieg als einziges Rohstoffunternehmen unter die 30 bedeutendsten deutschen Aktiengesellschaften in den deutschen Leitindex DAX.

Neues aus den USA – Obama mit viel Energie

Die Wahl von Barack Obama zum US-Präsidenten könnte auch für die Landwirtschaft national wie international Folgen haben. Zu seinem Erfolg haben auch die Wähler/innen in den stark agrarisch geprägten Bundesstaaten im Mittleren Westen der USA wie Iowa und Indiana beigetragen, die er seinem Kontrahenten abnahm. Hier ist eine Hochburg der Maisproduktion und der Ethanolherzeugung, aber auch der Schweinemast. Obama unterstützt die Weltmarktstrategie der US-Agrarexporteure und das Abschaffen von Handelsschranken, fordert aber Sozial- und Umweltstandards als Schutz für heimische Arbeitsplätze. Er stimmte für die „Farm-Bill“, die die US-Förderpolitik (mit 300 Milliarden Dollar) für die nächsten fünf Jahre fortschreibt und folgende zentrale Punkte enthält: Eine Mindestpreis-Sicherung gegen Markt- und Wetterrisiken für die flächenstarken Agrarprodukte (Mais, Getreide, Baumwolle, Soja, Reis, Zucker, Milch, aber auch Obst und Gemüse), die weitere Förderung von „Biofuels“ (Außenschutz für heimische „Biofuels“ durch Zölle), Solar- und Windenergie sowie die Finanzierung von Lebensmittelkarten für einkommensschwache Verbraucher.

**Obama unter-
stützt US-Export-
strategie ...**

Auch über die verstärkte Förderung der ländlichen Räume, der Umwelt und des Binnenmarkts will Obama die USA unabhängiger machen und Arbeitsplätze schaffen: durch Verkehrs- und Internet-Anbindungen für die sterbenden ländlichen Räume, durch Anreizprämien für Krankenhäuser, Ärzte, Schulen und Lehrer in unterversorgten Regionen, durch Ausbildungs- und Farmübernahme-Hilfen für junge Farmer, durch bessere soziale Absicherung auch für Farmer und durch Förderprogramme für Ökolandbau und regionale Verarbeitung/Vermarktung. Obama verspricht den Farmern Kartellrechts-Schutz gegen die großen marktbestimmenden Fleischkonzerne und Megafarmen, Betriebsprämien sollen nur bis zu einer Einkommenshöhe von 250.000 Dollar gezahlt werden.

**... verlangt aber
Sozial- und Umwelt-
standards**

Zu Obamas Versprechen gehören zudem bessere Umwelt- und Arbeitsbestimmungen (auch zugunsten illegaler Immigranten). Gentechnik und Atomkraft stellt er nicht in Frage, verspricht jedoch die Reduzierung der Treibhausgase (16). Mit Blick auf die bevorstehende Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen erklärte der BUND, dass das amerikanische Beispiel eine große Wirkung auf die internationale Gemeinschaft habe, damit in einer gemeinsamen Kraftanstrengung ein effektives globales Klimaschutzabkommen erreicht werden kann. Da der Durchschnittsamerikaner mit jährlichen Emissionen von über 20 Tonnen CO₂ einen der höchsten Pro-Kopf-Energieverbräuche weltweit aufweise, trage die amerikanische Nation eine enorme Verantwortung für die Lösung der globalen Umweltprobleme. Die USA könnten mit innovativen technologischen Entwicklungen dazu beitragen, die Energieverschwendung zu stoppen und dem Klimawandel zu begegnen.“

Anmerkungen

- (1) Im September 2008 ging der Internationale Währungsfonds von Verlusten für das Finanzsystem von insgesamt schätzungsweise 1,3 Billionen US-Dollar aus.
- (2) Medien-Information des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume, Schleswig-Holstein, Kiel, 21. Oktober 2008.
- (3) BDM-Pressemitteilung, Freising, 20. November 2008.
- (4) Gemeinsame Pressemitteilung von Misereor, Germanwatch, AbL und FIAN, 20. November 2008.
- (5) European Milk Board (EMB), Presseerklärung 20. November 2008.
- (6) Notwendige Therapie nicht verschieben! Gemeinsame Stellungnahme der Verbände zum Health Check 2008 der EU-Agrarpolitik, Oktober 2008. Die Stellungnahme im Internet: www.euronatur.org oder www.bioland.de.
- (7) BUND Pressemitteilung, 20. November 2008.
- (8) Diskussionspapier der Attac-AG Finanzmärkte, Stand 19. Mai 2008.
- (9) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ, Factsheet „Steigende Nahrungsmittelpreise und ihre entwicklungspolitischen Auswirkungen“.
- (10) Siehe Rainer Falk: Der Faktor Spekulation, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, 05/2008.
- (11) US-Kongress geißelt Spekulanten, Financial Times Deutschland, 23. Juni 2008.
- (12) Landwirtschaftliche Rentenbank (Hrsg.), Risikomanagement in der Landwirtschaft, Schriftenreihe Band 23, Frankfurt am Main, 2008.
- (13) BMZ Factsheet, siehe oben (Anm. 9).
- (14) Pressemitteilung FUCHS-Briefe vom 23. April 2008.
- (15) Evangelischer Entwicklungsdienst EED: Wer ernährt die Welt? Bäuerliche Landwirtschaft hat Zukunft, Mai 2008, Bonn.
- (16) Whow! – Farmers für Obama?, in: Unabhängige Bauernstimme 11/2008.

Autor

Friedhelm Stodieck

ehemaliger Redakteur der Unabhängigen Bauernstimme und Mitglied in der Redaktionsleitung des Kritischen Agrarberichts.



Turmstr. 2
33790 Halle-Eggeberg
E-Mail: kuhsprung@aol.com